

**NIEDERSCHRIFT**  
über die 10. Sitzung des Stadtrates vom 17.03.2010  
- öffentlicher Teil -

**Beginn:** 19:00 Uhr

**Ende:** 20:45 Uhr

**Ort:** Sitzungssaal

**Anwesend waren:**

Name	Funktion	Fraktion Bemerkung	SB	AW
Herr Bumann, Ralf	Stadtratsmitglied	SPD	J	A
Herr Czapla, Frank-Michael	Fraktionsvorsitzender	Freie Wähler	J	A
Frau Dr. Laube, Sabine	Stadtratsmitglied	Freie Wähler - im nö. Teil nicht mehr anwesend	J	A
Herr Gutberlet, Siegmund	Fraktionsvorsitzender	Hildburghäuser Bürgerunion	J	A
Herr Günther, Mathias	Fraktionsvorsitzender	Die Linke.	J	A
Herr Hanf, Gernot	Stadtratsmitglied	SPD	J	A
Herr Hartmann, Torsten	Stadtratsmitglied	Feuerwehr	J	A
Herr Harzer, Steffen	Bürgermeister	Büro Bürgermeister	J	A
Herr Knittel, Burkhard	Stadtratsmitglied	Feuerwehr	J	A
Frau Lange, Waltraud	Stadtratsmitglied	Freie Wähler	J	A
Frau Löffert, Sabine	Stadtratsmitglied	Die Linke.	J	A
Herr Meißner, Günther	Stadtratsmitglied	Die Linke.	J	A
Herr Naujoks, Siegfried	1. Beigeordneter	SPD	J	A
Herr Dr. Nowak, Peter	Stadtratsmitglied	Die Linke.	J	A
Herr Obst, Holger	2. Beigeordneter	CDU	J	A
Herr Pfeifer, Fritz	Stadtratsmitglied	Die Linke.	J	A
Frau Siegel, Hildegard	Stadtratsmitglied	Die Linke.	J	A
Herr Tief, Stefan	Stadtratsmitglied	Hildburghäuser Bürgerunion	J	A
Herr Vonderlind, Karl-Heinz	Stadtratsmitglied	Die Linke.	J	A
Herr Weichler, Norbert	Stadtratsmitglied	Freie Wähler	J	A

Herr Wiener, Eberhard	Fraktionsvorsitzender	Feuerwehr	J	A
Frau Wütscher, Brigitte	Fraktionsvorsitzender	CDU	J	A
Frau Zuber, Susann	Stadtratsmitglied	CDU	J	A

**Nichtstimmberechtigte Anwesende:**

Herr Geißenhöner, Herbert	Ortsteilbürgermeister	im nö. Teil nicht mehr anwesend	N	A
Herr Koch, Bodo	Ortsteilbürgermeister	im nö. Teil nicht mehr anwesend	N	A
Herr Placht, Michael	Ortsteilbürgermeister	im nö. Teil nicht mehr anwesend	N	A
Herr Schilling, Fritz-Georg	Ortsteilbürgermeister	im nö. Teil nicht mehr anwesend	N	A

**Von der Verwaltung anwesend:**

Frau Carl-Schumann, Lissy	Amtsleiter	Amt für Finanzverwaltung und Forsten im nö. Teil nicht mehr anwesend	V	A
Herr Brendel	Revierförster	Amt f. Finanzverw. und Forsten		
Frau Haschlar, Karin	Schriftführer	Büro Bürgermeister	V	A
Herr König, Dietmar	Amtsleiter	Ordnungsamt im nö. Teil nicht mehr anwesend	V	A
Frau Nicolaus, Susanne	Amtsleiter	Büro 02	V	A
Herr Paul, Bernhard	Amtsleiter	Betriebsamt im nö. Teil nicht mehr anwesend	V	A
Herr Schulz, Olaf	Amtsleiter	Bauamt	V	A
Herr Schwarz, Wolfgang	Amtsleiter	Büro Bürgermeister	V	A
Frau Stange, Margitta	Amtsleiter	Kultur- und Sozialamt	V	A
Herr Ullrich, Thomas	Amtsleiter	Haupt- und Personalamt vertrat König, Doris, im nö. Teil nicht mehr anwesend	V	A

**Entschuldigt abwesend waren:**

Herr Gleichmann, Hans-Joachim	Stadtratsmitglied	Feuerwehr	J	E
Herr Kummer, Tilo	Stadtratsmitglied	Die Linke.	J	E

**Vertreten:**

Frau König, Doris	Amtsleiter	Haupt- und Personalamt wurde vertreten durch Ullrich, Thomas	V	V
-------------------	------------	--	---	---

**Gäste:**

Herr Klering, GF Wohnungsgesellschaft mbH  
Uwe Heins, Feuerwehr Hibu.  
Herr Blechschmidt, Ortssprecher Birkenfeld  
10 Bürger der Stadt

**Presse:** FW, Frau Nagel

## TAGESORDNUNG

### - Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der NS der 8. Sitzung vom 10.02.2010 und der 9. Sitzung vom 18.02.2010 - Sondersitzung - öffentlicher Teil
4. Öffentliche Fragestunde für Bürger der Stadt
5. Information durch den Bürgermeister  
- Tätigkeitsbericht des Bürgermeisters
6. **Vorl.-Nr.: 030/2010**  
Neufassung der Satzung für die Erhebung der Hundesteuer der Stadt Hildburghausen
7. **Vorl.-Nr.: 047/2010**  
Haushaltssatzung der Stadt Hildburghausen für das Haushaltsjahr 2010
8. **Vorl.-Nr.: 048/2010**  
Fünfjähriger Finanzplan 2010
9. **Vorl.-Nr.: 018/2010**  
Abwägungsbeschluss zum einfachen Bebauungsplan für den Bereich "Puschkinplatz",  
Stadt Hildburghausen
10. **Vorl.-Nr.: 019/2010**  
Satzungsbeschluss über den einfachen Bebauungsplan für den Bereich "Puschkinplatz",  
Stadt Hildburghausen
11. **Vorl.-Nr.: 024/2010**  
Einzelbeantragung der statischen Sicherung des Daches der Kirche St. Valentin in  
Leimrieth zur Förderung im Thüringer Landesprogramm - Förderinitiativen Kirchen, 1.  
und 2. BA

12. **Vorl.-Nr.: 034/2010**  
Einleitungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes mit integriertem Grünordnungsplan für den Bereich Johann-Sebastian-Bach-Platz
13. **Vorl.-Nr.: 035/2010**  
Neubau der Geschäftsstelle der VR-Bank in Verbindung mit der Errichtung eines Parkhauses am Standort Coburger Straße 2 -6 /Obere Marktstraße 48
14. **Vorl.-Nr.: 039/2010**  
Einleitung des Änderungsverfahrens für den Vu.E-Plan "Wohngebiet Am Georgeneck"
15. **Vorl.-Nr.: 033/2010**  
Gehwegbau Kreuzungsbereich B 89 Marienstraße/Rote Leite
16. **Vorl.-Nr.: 036/2010**  
Freigabe von Mitteln im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2010 zur Beschaffung dringend erforderlicher Schutzausrüstung für die Einsatzkräfte der Stützpunktfeuerwehr Hildburghausen
17. **Vorl.-Nr.: 037/2010**  
1. Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und die Ausschüsse (sowie die Ortsteilräte) der Stadt Hildburghausen
18. **Vorl.-Nr.: 051/2010**  
Bereitstellung eines Grundstückes mit den darauf befindlichen baulichen Anlagen zum Zweck der Errichtung eines Tierheimes.
19. Anfragen und Mitteilungen von Stadträten und Ortsteilbürgermeistern

#### **Zu TOP. 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister eröffnet die 10. Sitzung des Stadtrates und begrüßt alle Anwesenden. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, von 25 Mitgliedern sind 23 anwesend.

#### **Zu TOP. 2. Anträge zur Tagesordnung**

**Stadtrat Czapla** stellt den Antrag, den TOP. 16 – Beschluss-Vorl.-Nr. 30/2010 – Hundesteuersatzung - vor dem Haushaltsplan 2010 zu beraten, da die im Haushalt stehenden Einnahmen erst mal die Zustimmung erfordern.  
Der Stadtrat stimmt der Beratung vor dem Haushaltsplan zu, so dass die Vorlage auf TOP. 6. vorgezogen wird.

**Abstimmung:**

23 Ja-Stimmen  
 0 Nein-Stimmen  
 0 Enthaltungen

**Zu TOP. 3. Bestätigung der NS der vorangegangenen Sitzung - öffentlicher Teil****NS vom 10.02.2010:**

**Stadträtin Dr. Laube** bezieht sich auf ihre Aussage auf S. 10 unten. Das wesentliche ihrer Aussage war eigentlich, dass sie gebeten hat, den Beschluss so zu formulieren, dass es um die 200 T€ Mehrkosten beim Kulturhaus Pfersdorf ging, nicht um den Gesamtbau, der schon beschlossen war.

Der Bürgermeister weist noch mal darauf hin, dass kein Wortprotokoll geführt wird. Im Protokoll werden die wesentlichen Inhalte der Diskussion dargestellt.

Wenn ein Stadtrat wünscht, dass seine Aussage wörtlich zu Protokoll zu nehmen ist, ist dies vorher anzukündigen.

Stadträtin Dr. Laube bittet darum, ihre Anfrage, auf welcher HH-Stelle die übrig gebliebenen Spendenmittel für die Gedenktafel für die Opfer des 2. Weltkrieges geordnet sind, im Protokoll festzuhalten. Die Mittel sind auf der Haushaltsstelle 7502940000 gebucht.

**Abstimmung über die NS vom 10.02.2010:**

21 Ja-Stimmen  
 2 Enthaltungen

**NS vom 18.02.2010 – Sondersitzung:**

Auf S. 4 oben muss es heißen: **Stadträtin Dr. Laube** bemerkt, dass ....

**Abstimmung:**

20 Ja-Stimmen  
 3 Enthaltungen

**Zu TOP. 4. Öffentliche Fragestunde für Bürger der Stadt**

Es werden keine Anfragen von Bürgern gestellt.

**Zu TOP. 5. Information durch den Bürgermeister  
- Tätigkeitsbericht des Bürgermeisters**

Durch den Bürgermeister wird Herrn Gert Lohse im Namen der Thüringer Ministerpräsidentin das Goldene Brandschutzehrenzeichen am Bande für 40 Jahre Dienst in der Feuerwehr verliehen.

**Informationen durch den Bürgermeister:**

- Information 01/2010 zur Vergaben nach VOB, VOL sowie VOF für die Leistung Ersatz Zentralserver in Höhe von 29 584,59 € an die Fa. Living Data GmbH Würzburg  
- Information 02/2010 zur Vergabe Ersatzbeschaffung Telefonanlage Verwaltungsgebäude Clara-Zetkin-Straße in Höhe von 11 460,89 € an die Fa. Telefon + Datentechnik Kraft GmbH Arnstadt; (in 3 Wochen wird die Anlage installiert).

- Die Stadt hatte Antrag gestellt auf Erlaubnis zur Aufhebung der räumlichen Trennung zwischen den Gedenkstätten Russischer Friedhof und der Ruhestätten alleierter Soldaten auf dem Zentralfriedhof. Diese denkmalschutzrechtliche Erlaubnis wurde vom Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie nicht erteilt. Die Begründung wird durch den Bürgermeister vorgetragen.

- Eingang der Bestätigung des Bauprogrammes – Richtlinie des Freistaates Thüringen zur Förderung des kommunalen Straßenbaus für 2010 - Bahnübergang B 89 (Aufnahme wurde bestätigt). Nicht aufgenommen worden sind die Maßnahmen zur Förderung Gehwegbau L 2063 – Wiedersbacher Straße – und Gehwegbau Marienstraße.

Im Zusammenhang mit dem Straßenbauamt Südthüringen ist zur Umverlegung des Durchlasses des Leimriether Wassers eine Teilmaßnahme an der B 89 durchzuführen. Es werden dort Straßenbaumaßnahmen für den Knotenumbau auf einer Länge von 150 m in der Marienstraße und in der Roten Leite auf einer Länge von 45 m durchgeführt, Gehwegbau begleitend auf ca. 195 m. Es erfolgt der Neubau von 2 Bushaltestellen, eine in der Marienstraße kurz vor der Kita. und an der Roten Leite für den Schulbusverkehr. Es werden 2 Bäume am Eingang zum Nonnespark gefällt werden müssen. Es erfolgt die Ver- setzung von 2 Straßenlampen und wenn möglich 2 neue Straßenlampen mit Erdver- kabelung. Die Bauzeit liegt zwischen Mai und Dezember 2010, der Bau wird unter Voll- sperrung durchgeführt. Es gibt keinen Fußgängerüberweg an dieser Stelle.

- Anfrage in der Beratung mit den Fraktions-Vorsitzenden zum HH-Plan 2010 zu den Pachtgebühren; mit Beschluss des Stadtrates Nr. 779/2001 vom 20.06.2001 wurde die Änderung der Pacht für städtische Grundstücke zur Währungsumstellung von DM auf Euro festgelegt. Hierin sind enthalten Nutzungsentgelt für Garagen, Gartenanlagen nach Nutzungs-VO, Gartenanlagen unbebaut, Gartenanlagen, die unter Bundeskleingartengesetz fallen, Randstreifen, Splitterflächen, gewerblich genutzte und unbebaute Grundstücke, land- wirtschaftlich genutzte Flächen inkl. Wildacker je ha im Jahr und je nach Bodenwertzahl.

- Auf Anfrage von Stadtrat Czaplá zur Zustellung dieses Beschlusses wird dies durch den Bürgermeister zugestimmt.

- Bisher wurden 119 Theaterstühle im Wert von jeweils 350,00 € verkauft.

- Im letzten Umweltausschuss wurde der Ablauf der DE in Pfersdorf kritisiert, dass hier zu wenig getan wurde. Es wurden in der Zeit von 2000 bis 2010 insges. 1,8 Mio. € investiert, davon 967 967 € an Eigenmitteln inkl. KH Pfersdorf. Das Kulturhaus Pfersdorf kostet so viel Eigenanteil der Stadt wie der gesamte Marktplatz an Eigenmitteln gekostet hätte.

- Den Stadträten wird der Vorentwurf für die Baumaßnahme Marienstraße/Rote Leite zur Ansicht herungereicht.
- Der Bürgermeister gibt einen Überblick über die Einnahmen für Verwarnungen und Bußgeldbescheide im Verkehrsüberwachungsdienst der Stadt. Es sind 49 621,50 € durch Falschparken, davon 31 290 € durch Verwarnungen und 18 331,50 über Bußgelder eingenommen worden.

#### **Tätigkeitsbericht:**

- Erste Gesprächsrunde mit der Leitung der Feuerwehr zur Vorbereitung der 150-Jahr-Feier der Feuerwehr Hibu. im Jahr 2011;
- Faschingsveranstaltungen vom HCV und ACV
- Besuch der SPD-Fraktion aus der Partnerschaft Würselen in Hildburghausen,
- Für die Sanierung des jüdischer Friedhof sind im HH 29 T€ Landeszuweisung enthalten. Der jüdische Friedhof ist aus dem Jahre 1680, die letzte Renovierung der Feierhalle fand 1933 statt, die letzte Beerdigung 1941. Mit den 29 T€ soll eine Notsicherung der Feierhalle durchgeführt werden. Denkbar wäre auch, aufgrund der Judenopfer in Hibu. dort eine Gedenkstätte für die ehemaligen jüdischen Mitbürger der Stadt einzurichten. Über diese Problematik könnte sich der Kultur- und Sozialausschuss verständigen.
- Jahresempfang des Bürgermeisters im Stadttheater
- Tagung des Vorstandes der Jagdgenossenschaft und die Mitgliederversammlung der Jagdgenossenschaft,
- Besuch in der Partnerschaft Würselen zur Verabschiedung des Herrn Großmann, ehem. Bundestagsabgeordneter und parlamentarischer Staatssekretär, aus dem aktiven Dienst;
- Teilnahme an Gerichtsverhandlung zur Zeugenaussage gegen einen Rechtsradikalen;
- Tagung des Gemeinde- und Städtebundes des Kreises, des Wasser- und Abwasserverbandes Hibu. sowie Werksausschuss und Verbandsversammlung;
- Durchführung Frauentagsfeier im Theater
- Tagung der AG Innenstadt,
- Besuch im Heimatverein Wallrabs
- Gesprächsrunde mit den Fraktions-Vors. und Beigeordneten zum HH-Plan 2010,
- Tagung des Aufsichtsrates der Wohnungsgesellschaft mbH,
- Beratung mit der Feuerwehr und mit Ortsteilwehren zum Konzept der Umstrukturierung der Feuerwehren; im April wird im Stadtrat über das Konzept beraten;

#### **Zu TOP. 6.**

##### **Beschluss-Nr. 030/2010**

##### **Neufassung der Satzung der Stadt Hildburghausen für die Erhebung der Hundesteuer**

**Stadtrat Czapla** bemerkt, dass der § 1 Abs. 6 - gefährliche Hunde - zu Fragen geführt hat. Er stellt den Antrag, dass Herr Overhoff vom LRA seine Meinung zu diesem Thema äußern darf.

Seitens der Stadträte gibt es keinen Widerspruch zu Ausführungen durch Herrn Overhoff.

Herr Overhoff hat sich im Vorfeld mit der Kommunalaufsicht, Frau Staack, zu dieser Problematik unterhalten. Die Hundesteuersatzung ist eine Aufgabe der Kommunen im eigenen Wirkungskreis. Im Gegensatz zur Hundesatzung handelt es sich hier um eine

Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises. In der Hundesatzung vom Mai 2009 sind die gefährlichen Hunderassen aufgeführt, die sich in der Hundesteuersatzung widerspiegeln. Es ist für eine Kommune überhaupt kein Problem, explizit Hunderassen auszuweisen.

Gefährlich kann jeder Hund werden aufgrund der Erziehung und der Haltung. Die Stadt hat die Aufgabe, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten und dass man u. a. auch dadurch bestimmte Hunderassen als besonders gefährlich einstuft.

Wenn Bürger gegen die Hundesteuerbescheide Widerspruch einlegen, könnte den Hundehaltern die Gelegenheit gegeben werden, ihre Hunde einem Wesenstest zu unterziehen. Wenn dieser Wesenstest negativ ausfällt, d. h. der Hund nicht gefährlich ist, könnte man entscheiden, die Hundesteuer für den gefährlichen Hund nicht zu erheben. Dies obliegt der Stadt selbst. Die in der Hundesteuersatzung aufgeführten Hunde sind Rassen, die als gefährlich einzustufen sind. Man sollte nicht vergessen, dass der Deutsche Schäferhund dabei die Liste mit Platz 1 anführt.

**Herr König** ergänzt, dass die Stadt Erfurt die gleichen gefährlichen Hunderassen in ihrer Hundesteuersatzung aufgenommen hat. Es sollte jedoch ein weiterer Absatz zur gesonderten Besteuerung von gefährlichen Hunden mit aufgenommen werden, die sich als bissig erwiesen haben, die wiederholt in gefahrdrohender Weise Menschen angesprungen oder die wiederholt Vieh, Katzen oder Hunde gebissen bzw. verletzt bzw. unkontrolliert wiederholt Wild gehetzt oder gerissen haben.

Zum anderen ist den Kommunen freigesellt, die Hunderassen aufzunehmen.

Zur Aufnahme des durch Herrn König vorgeschlagenen neuen Absatzes in die Hundesteuersatzung gibt es seitens der Stadträte Einverständnis.

**Stadtrat Tief** stellt den Antrag, in die Hundesteuersatzung mit aufzunehmen, dass bei Vorlage eines Sachkundenachweises und eines Wesenstests der gefährlichen Hunde eine Ermäßigung von 50 % des Hundesteuersatzes gewährt wird.

Abstimmung über Antrag: 16 dafür, 2 dagegen, 5 Enthaltungen

**Stadträtin Dr. Laube** bemerkt, dass der chinesische Kampfhund kein gefährlicher Hund ist. Sie schlägt vor, für die als gefährlich festgelegten Hunde die 500 € zu zahlen und für die Hunde, die bisher nicht gefährlich aufgefallen sind, die normale Hundesteuer zu zahlen ist. Die Auflistung der gefährlichen Hunderassen ist aus dem Abschnitt zu streichen. Bei gefährlichen Hunden hat der Besitzer den Nachweis auf eigene Kosten zu erbringen.

Abstimmung über Streichung der Namensauflistung: 1 dafür, 20 dagegen, 2 Enth.

**Stadträtin Wütscher** bittet darum, dass sich die Verwaltung eine Rechtsauskunft darüber einholt, wenn ein Hundehalter für seinen als gefährlich eingestuften Hund den Wesenstest und den Sachkundenachweis erfolgreich abgelegt hat, ob er rechtlich dagegen vorgehen kann, auch die minimierte Hundesteuer zu zahlen.

Auf die Frage von **Stadtrat Knittel** an Herrn Overhoff, wer für die Durchführung des Wesenstestes autorisiert ist, wird dargelegt, dass im Freistaat Thüringen eine Liste von sachkundigen Personen existiert, die ständig aktualisiert wird.

Die vorgeschlagene Formulierung von Stadtrat Knittel, „von der dazu autorisierten Stelle“ in die Satzung aufzunehmen, wird durch den Bürgermeister als nicht für erforderlich gehalten, da in der Thür. Gefahrhunde-VO dies geregelt ist.

**Stadtrat Dr. Nowak** schlägt in Ergänzung des Antrages von Stadtrat Tief vor, dass Hunde, die einmal den Wesenstest bestanden haben und wieder auffällig werden, sofort wieder zurückgestuft werden.

Dies ist nicht erforderlich, so der Bürgermeister, da es die allgemeine Regelung über gefährliche Hunde gibt, die dann wieder greift, wenn ein Hund wieder gefährlich wird.

**Stadträtin Dr. Laube** fragt zum § 3 Absatz 3 b nach, ob die gewerblich gehaltenen Hunde (Schäferrei) eine Steuer an die Stadt zahlen.

Diese gewerblich gehaltenen Hunde sind von der Steuer befreit, gibt Herr König zur Kenntnis.

Zur weiteren Anfrage von Stadträtin Dr. Laube zur Micro-Chip-Pflicht bzw. Tettovierung wird durch den Bürgermeister dargelegt, dass die Stadt auf die Chip-Pflicht umstellt, es gibt jetzt die Übergangsregelung für die Einführung.

**Stadtrat Günther** stellt den GO-Antrag, die Debatte zu beenden und über die Vorlage abzustimmen.

Abstimmung über GO-Antrag: 19 dafür, 2 dagegen, 2 Enthaltungen

### **Beschlusstext:**

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Satzung der Stadt Hildburghausen für die Erhebung der Hundesteuer in der beigefügten Fassung.

**Abstimmung in geänderter Form: mehrheitlich angenommen**

21	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
2	Enthaltungen

### **Zu TOP. 7.**

#### **Beschluss-Nr. 047/2010**

#### **Haushaltssatzung der Stadt Hildburghausen für das Haushaltsjahr 2010**

Der Haushaltsplan 2010 wurde mit den Fraktions-Vorsitzenden ausführlich beraten.

Der Bürgermeister macht einige Ausführungen zu der Einnahmesituation, die Aufkommensentwicklung bei Städten und Gemeinden in den Jahren 2009 und 2008.

Weiterhin werden 2 Änderungen zum HH-Plan 2010 bekannt gegeben.

1. Für das Theater sind in den Einnahmen und Ausgaben 15 T€ für die Produktion einer Salonoper zum 200. Hochzeitstag der Therese von Sachsen-Hildburghausen mit dem Kronprinz Ludwig geplant. Die Veranstaltung ist für 3 Tage vorgesehen. Es gibt einen Förderantrag des Theatervereins Hibu. an den Freistaat Thüringen, der mit 10 T€ unterstützt werden soll.

2. Der durch den KGUS geplante Hauptgraben nach Ebenhards in der Häselriether Flur ist nicht im Plan des KGUS enthalten, so dass die 3 100 € für die Bushaltestelle in Weitersroda umgesetzt werden.

**Stadtrat Czapl**a fragt zur Sanierung Alte Molkerei nach. Im Jahre 2009 wurde ein Einzelantrag gestellt, in dem eine förderfähige Summe von über 141 T€ mit einer Förderung von ins-

gesamt 113 T€ veranschlagt war. Im jetzigen Haushalt ist nur eine Gesamtsumme von 50 T€ und eine Förderung von 40 T€ eingestellt.

Der Bürgermeister legt dar, dass vom LVWA der Hinweis gegeben wurde, dass für dieses Objekt die Förderung zu hoch geschätzt wurde. In Absprache mit dem Investor wurde die Summe gesenkt und es wird ein neuer Antrag gestellt.

**Stadtrat Weichler** spricht den Verkauf von Rohholz an, der mit über 800 T€ im Haushalt zu Buche steht. Wir müssen aufpassen, jetzt nicht zu viel Holz zu schlagen, dass in wenigen Jahren kein Holz mehr zum Einschlag vorhanden ist. Er wird dem Haushalt zustimmen. Seit 5 Jahren sollten für den OT Ebenhards Mittel für einen Weg im Haushalt eingestellt werden. Er stellt die Frage, warum dieser Weg nicht mit aufgenommen wurde. Es fehlt das Geld, ist die Aussage vom Bürgermeister. Der Holzeinschlag entspricht dem Waldwirtschaftsplan der Stadt, den der Stadtrat bereits beschlossen hat. Wir liegen noch unter dem zulässigen Hiebsatz nach der Waldeinrichtung.

#### **Stadtrat Hanf:**

1. Ihm ist aufgefallen, dass die Besucherzahlen bei der Bibo., dem Museum und Schwimmhalle zurück gehen. Er schlägt vor, dass man hier nach den Gründen für den Rückgang der Besucherzahlen der genannten Einrichtungen sucht.
2. Für den Winterdienst der Bundes- und Landesstraßen sind 36 T€ für die Fa. TSI geordnet. Ist der Bauhof nicht in der Lage, den Winterdienst kostengünstiger durchzuführen.
3. Für Waldumzäunungsmaterial im OT Pfersdorf sind 16 T€ eingeplant. Diese Summe sollte mit Sperrvermerk versehen werden, da erst nach Vorlage der Abschusszahlen der Umweltausschuss darüber beraten wird.
4. In der Finanzvorschau 2010 der Wohnungsgesellschaft mbH – S. 251 – sind die Zahlen noch mal zu überprüfen.

Zu den Besucherzahlen kann der Bürgermeister berichten, dass im Dezember festgelegt wurde, eine Auflistung der o. g. Einrichtungen, der Touristinformation und eine Kostenerfassung der einzelnen Friedhöfe zu erstellen. Dieses Ergebnis wird im nächsten Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt.

In der Schwimmhalle gibt es das Problem, dass die gefühlte Temperatur zu niedrig erscheint. Nachweislich ist die Wassertemperatur 28 Grad im Nichtschwimmerbecken, 26 Grad im Schwimmerbecken, 30 Grad in den übrigen Becken. Das Problem besteht mit der Luftfeuchtigkeit. Es wird am Problem gearbeitet.

Herr Klering erläutert, dass bei der Fußbodenheizung einige Stellventile nicht mehr funktionieren. Diese werden in den nächsten Wochen ausgetauscht.

Für die Übernahme der Aufgaben des TSI durch den Bauhof müsste zusätzliche Technik angeschafft werden.

Der Sperrvermerk zu den 16 T€ für Pfersdorf ist nicht notwendig, da die Umzäunung nur errichtet wird, wenn sie unbedingt notwendig wird. Dieser Punkt ist Bestandteil des Waldwirtschaftsplanes.

**Stadtrat Weichler** merkt an, dass die Feuerwehrstrukturreform noch nicht beschlossen ist, jedoch im HH-Plan viele Mittel für die Reform eingeordnet sind.

Dies ist ein Vorgriff, so der Bürgermeister, um Gelder zu sichern, die notwendig werden, um die Reform umzusetzen.

**Stadtrat Pfeifer** weist zur Waldumzäunung darauf hin, dass lt. Aussage von Förster Brendel im Frühjahr 23 000 Pflanzen gesetzt werden, die eingezäunt und vor Verbiss geschützt werden müssen. Diese Maßnahme ist im Waldwirtschaftsplan enthalten..

**Stadträtin Dr. Laube** hat zur Führung der Stadt andere Vorstellungen und Auffassungen. Sie wird dem HH-Plan nicht zustimmen. Sie hätte sich gewünscht, dass der Jahresabschluss 2009 vorliegt, bevor der HH-Plan 2010 beschlossen wird. Die Theaterabrechnung ist ihr nicht aussagefähig genug.

Die Vorlage der Jahresrechnung hat technische Ursachen, so der Bürgermeister, so dass der Jahresabschluss voraussichtlich erst im April erfolgen kann.

An Haushaltseinnahmereste haben wir im Moment 2.104.428 € und als Haushaltsausgabereist 2 454 989 €. Die betreffenden Bereiche werden vom Bürgermeister im Einzelnen aufgeführt.

**Stadtrat Günther** gibt den Hinweis, dass zum Waldwirtschaftsplan im Haupt- und Finanzausschuss durch die Förster der Nachweis für die Mittel zur Einzäunung vorgelegt wurde. Zur Erhöhung der Eintrittsgelder für das Museum und die Bibliothek kann noch keine Aussage getroffen werden, da diese neuen Benutzungsgebühren erst im Januar 2010 in Kraft getreten sind und noch keine Grundlage für die Berechnung vorhanden ist.

Im Freibadbad ist gegenüber dem Jahr 2008 eine Steigerung bei Besucherzahlen zu 2009 zu verzeichnen. Mit der Steigerung der weiteren Attraktivität durch den Ausbau der Umkleidekabinen ist auch hier mit einer Steigerung zu rechnen.

Er schlägt vor, durch den Bauausschuss eine Begehung im Schwimmhallen- und Freibadbereich durchzuführen.

Zum Haushalt insgesamt bittet er um Zustimmung, da die Stadt durch die Rechtsaufsicht daraufhin gewiesen wurde, dass die Stadt ohne genehmigten Haushalt am DGH Pfersdorf nicht tätig werden kann.

#### **Beschlusstext:**

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt gem. § 57 Abs. 1 ThürKO die Haushaltssatzung samt ihren Anlagen der Stadt Hildburghausen für das Haushaltsjahr 2010.

#### **Abstimmungsergebnis:**

19	Ja-Stimmen
1	Nein-Stimme
3	Enthaltungen

#### **Zu TOP. 8.**

**Beschluss-Nr. 048/2010**

**Fünfjähriger Finanzplan 2010**

#### **Beschlusstext:**

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt gem. § 26 Abs. 2 Zi. 8 i.V.m. § 62 ThürKO den fünfjährigen Finanzplan 2010.

**Abstimmung:           mehrheitlich angenommen**

19     Ja-Stimmen  
1     Nein-Stimme  
3     Enthaltungen

**Zu TOP. 9.**

**Beschluss-Nr. 018/2010**

**Abwägungsbeschluss zum einfachen Bebauungsplan für den Bereich "Puschkinplatz", Stadt Hildburghausen**

Durch die anwesenden Stadtratsmitglieder wird über jeden einzelnen Abwägungsvorschlag abgestimmt.

**Beschlusstext:**

1. Der Stadtrat beschließt das Abwägungsprotokoll zum einfachen Bebauungsplan für den Bereich „Puschkinplatz“, Stadt Hildburghausen vom 28.01.2010  
Teil A – Stellungnahmen der berührten Träger öffentlicher Belange (Pkt. A 1 bis Pkt. A 34) und Teil B – Anregungen der Bürger (Pkt. B 1 bis Pkt. B 3).
2. Die im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange abgegebenen Stellungnahmen (Teil A des Abwägungsprotokolls) sowie die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen der Bürger (Teil B des Abwägungsprotokolls) hat der Stadtrat mit folgendem Ergebnis geprüft:

**Teil A:**

Berücksichtigt wird die Stellungnahme von

1. E-ON Thüringer Energie AG vom 06.01.2009
2. Deutsche Telekom vom 26.01.2009
4. WAVH vom 08.12.2008
5. Fernwasserversorgung Südthüringen vom 16.12.2008
6. Thüringer Landesverwaltungsamt, Ref. 300 vom 16.12.2008
8. Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, AS Steinsburgmuseum vom 16.12.2008
9. Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Bau- u. Kunstdenkmalpflege vom 06.01.2009
10. Straßenbauamt Südwestthüringen vom 16.02.2009
11. Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie vom 15.12.2008
12. Landesbetrieb für Arbeitsschutz u. technischen Verbraucherschutz, Regionalinspektion Suhl vom 08.12.2008
13. Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr, AS Suhl vom 12.12.2008
18. Amt für Landentwicklung und Flurneuordnung vom 15.12.2008
19. Wehrbereichsverwaltung Ost vom 17.12.2008
20. IHK Südthüringen vom 20.01.2009
21. Landwirtschaftsamt Hildburghausen vom 05.12.2008
22. Landesamt für Vermessung u. Geoinformation, Katasterbereich Schmalkalden vom 17.12.2008 und 06.10.2009

24. Landespolizei Thüringen, PI Hildburghausen vom 05.12.2008
- 25.1. Landratsamt, Bauamt vom 08.01.2009
- 25.2. Landratsamt, Untere Naturschutzbehörde vom 12.01.2009
- 25.3. Landratsamt, Immissionsschutzbehörde vom 12.01.2009
- 25.4. Landratsamt, Untere Abfallbehörde vom 12.01.2009
- 25.5. Landratsamt, SG Brandschutz vom 15.12.2008
- 25.6. Landratsamt, Untere Denkmalbehörde vom 06.01.2009
- 25.7. Landratsamt, Untere Wasserbehörde vom 12.01.2009
- 25.8. Landratsamt, Straßenverkehrsbehörde vom 15.12.2008
26. Landratsamt, Gesundheitsamt vom 04.12.2008
27. Bundesagentur für Arbeit vom 04.12.2008
29. Verwaltungsgemeinschaft Feldstein vom 05.12.2008
30. Gemeinde Straufhain vom 14.01.2009
31. Gemeinde Gleichamberg vom 04.12.2008
32. Gemeinde Veilsdorf vom 12.12.2008
33. Stadt Schleusingen vom 06.07.2009

Keine Stellungnahme wurde abgegeben von

3. Kabel Deutschland
34. Gemeinde Auengrund

Teilweise bzw. nicht berücksichtigt wird die Stellungnahme von -  
Nicht am Verfahren beteiligt waren

7. Kampfmittelräumdienst Tauber Delaborierung GmbH
16. Deutsche Bahn, DB Netz AG
17. Thüringer Landesbergamt
23. Thüringer Forstamt Heldburg
28. Thüringer Bauernverband e.V.

## Teil B

Während der einmonatigen Auslegung des Planentwurfs wurden Anregungen von drei Bürgern vorgebracht.

Teilweise bzw. nicht berücksichtigt wird die Stellungnahme von

1. Herrn Klaus Gebauer vom 08.01.2009
  2. Interessengemeinschaft Verkehrsprobleme Hildburghausen u. Umgebung vom 07.01.2009
  3. Herrn Folke Ebert vom 22.01.2009
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Träger öffentlicher Belange sowie die Bürger, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.  
Das gesamte Abwägungsprotokoll sowie der Nachweis der Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange und Bürger, deren Anregungen nicht oder nur teilweise berücksichtigt wurden, sind bei der Vorlage des Planes zur Genehmigung beizufügen.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder des Stadtrates:	25	davon anwesend:	23
Ja-Stimmen: 17	Nein-Stimmen: 2	Stimmenthaltungen:	4

Auf Grund des § 38 der Thüringer Kommunalordnung (persönliche Beteiligung) haben folgende Mitglieder des Stadtrates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt: keine

**Zu TOP. 10.**

**Beschluss-Nr. 019/2010**

**Satzungsbeschluss über den einfachen Bebauungsplan für den Bereich "Puschkinplatz", Stadt Hildburghausen**

**Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a**

**Beschlusstext:**

Auf Grund des § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung sowie § 83 der Thüringer Bauordnung (ThürBO) in der derzeit gültigen Fassung wird nach Beschlussfassung durch den Stadtrat vom 17.03.2010 folgende Satzung der Stadt Hildburghausen über den einfachen Bebauungsplan für den Bereich „Puschkinplatz“ in der Gemarkung Hildburghausen bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) mit dem Textteil (Teil B), als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB erlassen:

Teil A – Planzeichnung vom Februar 2010 im Maßstab M 1: 500

Teil B – Textteil

Die Begründung wird gebilligt.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Satzung über den einfachen Bebauungsplan für den Bereich „Puschkinplatz“ in der Gemarkung Hildburghausen im Landratsamt anzuzeigen und nach Eingangsbestätigung ortsüblich bekannt zu machen; dabei ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung während der Dienststunden von jedermann eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

**Abstimmung:           mehrheitlich angenommen**

17     Ja-Stimmen  
4     Nein-Stimmen  
2     Enthaltungen

**Zu TOP. 11.**

**Beschluss-Nr. 024/2010**

**Einzelbeantragung der statischen Sicherung des Daches der Kirche St. Valentin in Leimrieth zur Förderung im Thüringer Landesprogramm - Förderinitiativen Kirchen, 1. und 2. BA**

**Beschlusstext:**

Der Stadtrat beschließt die Einzelbeantragung der statischen Sicherung des Daches der Kirche St. Valentin in Leimrieth zur Förderung im Thüringer Landesprogramm - Förderinitiativen Kirchen, 1. und 2. BA mit Gesamtkosten in Höhe von 70.000,00 €. Kosten in Höhe von 42.000,00 € sollen über das Thür. Landesprogramm - Förderinitiative Kirchen zur Förderung beantragt werden. Diese Summe würde zu 66,66 % gefördert werden = 28.000,00 €, 14.000,00 € müsste die Stadt als Mitleistungsanteil übernehmen.

**Abstimmung: einstimmig angenommen**

23 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

**Zu TOP. 12.**

**Beschluss-Nr. 034/2010**

**Einleitungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes mit integriertem Grünordnungsplan für den Bereich Johann-Sebastian-Bach-Platz**

**Beschlusstext:**

Der Stadtrat beschließt die Einleitung des Verfahrens zur Änderung des Bebauungsplanes mit integriertem Grünordnungsplan für den Bereich Johann-Sebastian-Bach-Platz. Der gesamte Geltungsbereich liegt im Sanierungsgebiet.

Die Änderung des Bebauungsplanes erfolgt im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Abs. 2 BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung). Von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung kann gemäß § 13a Abs. 1 Nr. 2 BauGB abgesehen werden.

Mit dem Änderungsverfahren werden folgende wesentliche Planungsziele verfolgt:

- Erweiterung des Geltungsbereiches im Bereich der Clara-Zetkin-Straße
- Änderung der Baulinien und Baugrenzen
- Änderung der Geschossigkeit
- Änderung der Anordnung und Gestaltung der Freiflächen/Grünordnung
- Änderung der Einordnung der Flächen des ruhenden Verkehrs
- gestalterische Details

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB soll als öffentliche Plandiskussion im Rahmen einer Sitzung des Stadtplanungs- und Bauausschusses durchgeführt werden.

Die Änderung des Bebauungsplanes mit integriertem Grünordnungsplan für den Bereich Johann-Sebastian-Bach-Platz erfolgt auf der Grundlage eines städtebaulichen Vertrages gemäß § 11 BauGB.

Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1, Satz 2 BauGB).

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder des Stadtrates:	25	davon anwesend:	23
Ja-Stimmen:	22	Nein-Stimmen:	1
		Stimmenthaltungen:	0

Aufgrund des § 38 der Thüringer Kommunalordnung (persönliche Beteiligung) haben folgende Mitglieder des Stadtrates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt: keine

**Abstimmung: mehrheitlich angenommen**

22 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

**Zu TOP. 13.****Beschluss-Nr. 035/2010****Neubau der Geschäftsstelle der VR-Bank in Verbindung mit der Errichtung eines Parkhauses am Standort Coburger Straße 2 -6 /Obere Marktstraße 48**

**Stadträtin Dr. Laube** ist der Meinung, dass dieser Beschluss erst gar nicht zu erarbeiten gewesen wäre, da die Stadt dieses Parkhaus nicht bezahlen kann. Es ist wichtig, dass Herr Klumb informiert ist, dass die Stadt dieses Parkhaus nicht bauen kann.

Der Bürgermeister gibt zur Kenntnis, dass es ein Projekt von der vr bank gibt, was sich im Zuge der Diskussion in den vergangenen 2 Jahren um die Neubaumaßnahme der vr bank entwickelt hat. Es gibt die Anfrage an die Stadt, inwieweit die Stadt dieses Projekt mit finanziert. Diese Entscheidung kann der Bürgermeister nicht alleine treffen, so dass der Stadtrat über den Neubau in Verbindung mit der Errichtung eines Parkhauses befinden muss.

**Stadtrat Czaplá** stellt noch mal klar, dass es hier um die Entscheidung der Stadt geht, d. h. die vr bank wird nicht in ihrem Bauvorhaben in der Baulücke behindert. Wir sollten alles dafür tun, dass es zügig vorangeht.

Der Bürgermeister ergänzt, dass die Baulücke in der Coburger Straße insgesamt durch die vr bank nicht geschlossen wird. Des weiteren gibt es die Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege zur Oberen Marktstraße 48 „Meyer-Haus“, in der der Erhalt des Gebäudes nachhaltig gefordert wird.

**Beschlusstext:**

Der Stadtrat stimmt der Errichtung eines Parkhauses im Zusammenhang mit dem Neubau der Geschäftsstelle der VR-Bank am Standort Coburger Straße 2 - 6 / Obere Marktstraße zu.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder des Stadtrates:	25	davon anwesend:	23
Ja-Stimmen:	0	Nein-Stimmen:	21
		Stimmenthaltungen:	2

Aufgrund des § 38 der Thüringer Kommunalordnung (persönliche Beteiligung) haben folgende Mitglieder des Stadtrates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt: keine

**Zu TOP. 14.****Beschluss-Nr. 039/2010****Einleitung des Änderungsverfahrens für den V u. E-Plan "Wohngebiet Am Georgeneck"**

Im Bauausschuss wurde die Vorlage mehrheitlich abgelehnt. Als Grund wurde angegeben, dass im B-Plan ein Kinderspielplatz vorgesehen ist, der bis heute nicht realisiert wurde. Aus diesem Grund empfiehlt der Bürgermeister, die Vorlage abzulehnen.

**Stadträtin Dr. Laube** bezieht sich auf die Begründung, in der steht, dass die beantragte Fläche im Außenbereich liegt und diese bereits erschlossen ist.

Stadträtin Dr. Laube möchte wissen, ob die Stadt eine Abrundungs- oder Ergänzungssatzung hat, die hier Anwendung finden könnte. Nach Rücksprache mit Herrn Rottenbacher hätte er

lt. Vertrag nur eine Fläche freizuhalten, jedoch nicht für den Bau des Spielplatzes zuständig ist.

Durch den Bürgermeister wird dargelegt, dass im Durchführungsvertrag eindeutig der Bau eines Spielplatzes und nicht Freihaltung der Fläche geregelt ist. Der Investor hat mit dem Verkauf Geld verdient und er ist verpflichtet, dass der V + E-Plan umgesetzt wird. Das betreffende Grundstück liegt im Außenbereich, es grenzt an bebautes Gebiet, das im Zuge eines B-Planverfahrens erst baurechtlich erschlossen und damit zum Bauland wurde. Da es sich um die Erweiterung des B-Planes handelt, ist auch hier keine Ergänzungs- bzw.

Abrundungssatzung möglich. Erschlossen ist die Fläche deshalb, weil es direkt an die erschlossene Bebauung anschließt und die Straße Am Stadtberg als Erschließungsstraße gilt.

**Stadträtin Lange** ist der Auffassung, dass mit dem Investor ausführlich gesprochen werden sollte. Es lässt sich sicherlich einen Weg finden, einen Spielplatz zu bauen.

### **Beschlusstext:**

Der Stadtrat beschließt die Einleitung des Änderungsverfahrens für den V u. E-Plan „Wohngebiet Am Georgeneck“. Als Vorhabenträger tritt Hr. Egon Rottenbacher aus Rieth auf.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder des Stadtrates:	25	davon anwesend:	23
Ja-Stimmen: 1	Nein-Stimmen: 21	Stimmenthaltungen:	1

Auf Grund des § 38 der Thüringer Kommunalordnung (persönliche Beteiligung) haben folgende Mitglieder des Stadtrates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt: keine

### **Zu TOP. 15.**

#### **Beschluss-Nr. 033/2010**

#### **Gehwegbau Kreuzungsbereich B 89 Marienstraße/Rote Leite**

Diese Beschlussfassung ist nicht mehr erforderlich, da die Maßnahme im bereits beschlossenen HH-Plan 2010 enthalten ist.

### **Zu TOP. 16.**

#### **Beschluss-Nr. 036/2010**

#### **Freigabe von Mitteln im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2010 zur Beschaffung dringend erforderlicher Schutzausrüstung für die Einsatzkräfte der Stützpunkfeuerwehr Hildburghausen**

Diese Beschlussfassung ist nicht mehr erforderlich, da im Haupt- und Finanzausschuss mit der Fraktion Feuerwehr sich darüber verständigt wurde, dass bei Beschlussfassung über den HH-Plan 2010 die Vorlage hinfällig wird.

**Zu TOP. 17.****Beschluss-Nr. 037/2010****1. Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und die Ausschüsse (sowie die Ortsteilräte) der Stadt Hildburghausen**

Durch die Rechtsaufsichtsbehörde wurde die Stadt aufgrund der zusätzlich auf die Tagesordnung gesetzten Vorlagen in der StRS am 16.12.2009 und der darauffolgenden Beschwerde darauf hingewiesen, die Ladungsfrist für die Stadtratssitzungen der Mindestfrist (4 Kalendertage) in der Thür. Kommunalordnung anzupassen. Dies wurde in der 1. Änderung der GO vorgeschlagen.

**Stadträtin Dr. Laube** sieht dies als Nachteil an, wenn die Sitzungsunterlagen 2 Tage später den Stadträten zugehen. Die Verwaltung hat demzufolge 2 Tage mehr Zeit, die Unterlagen zu erarbeiten. Weshalb soll sie jetzt als Stadtrat gegen ihren Vorteil stimmen.

Der Bürgermeister begründet die Verkürzung der Ladungsfrist damit, dass damit die Anzahl von kurzfristigen Tischvorlagen reduziert wird.

**Beschlusstext:**

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und die Ausschüsse (sowie die Ortsteilräte) der Stadt Hildburghausen in der beigegeführten Fassung.

**Abstimmung:           mehrheitlich angenommen**

21	Ja-Stimmen
2	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

**Zu TOP. 18.****Beschluss-Nr. 051/2010****Bereitstellung eines Grundstückes mit den darauf befindlichen baulichen Anlagen zum Zweck der Errichtung eines Tierheimes**

Der Landkreis Hildburghausen ist der einzige im Südthüringer Raum ohne eigenes Tierheim. Die Situation der Fundtiere hat sich in den letzten Jahren verschärft. Verschiedene Tierheime in der Region sind nicht mehr bereit, Tiere aus dem Landkreis Hildburghausen aufzunehmen, so dass sich die Einsicht der Stadt Hibu. und mehrerer Kommunen im Landkreis verfestigt hat, dass ein Tierheim in Hildburghausen benötigt wird.

Es gab bereits mehrere Standorte im Landkreis und das Gebäude „Jungviehweide“ an der „Schnettersmühle“ in Häselrieth. Dieser Standort ist aufgrund zu hoher Sanierungskosten ausgeschieden. Ein neuer Standort an der Galgenspitze, der vom Verein für Deutsche Schäferhunde Hibu. genutzt wurde, wurde der Stadt rückübergeben. Dieses Objekt würde nach Besichtigung durch Herrn Overhoff, Amtstierarzt, und Herrn König, Ordnungsamtsleiter, den Anforderungen an ein Tierheim voll entsprechen. Das Gebäude inkl. Flurstück würde die Stadt dem noch zu gründenden Verein oder Zweckverband zur Verfügung stellen.

**Stadträtin Wütscher** begrüßt die Errichtung eines Tierheimes in der Kreisstadt und regt an, mit dem Stadtrat bzw. dem zuständigen Ausschuss einen Vor-Ort-Termin zu vereinbaren, um sich ein Bild von der Anlage zu machen.

**Stadträtin Dr. Laube** stellt den Antrag, den Begriff „Jungviehweide“ in der Begründung zu streichen, da es zu Verwechslungen mit dem Standort an der „Schnettersmühle“ kommen könnte.

Im Beschlusstext ist die Flurstücksnummer angegeben, in der Begründung sind nähere Informationen zum Beschluss gegeben, so dass der Begriff „Jungviehweide“ in der Begründung beibehalten werden kann, ergänzt der Bürgermeister.

### **Beschlusstext:**

Der Stadtrat beschließt auf der Basis des am 29.09.2009 gefassten Beschlusses zur Mitgliedschaft der Stadt Hildburghausen im Zweckverband „Tierheim Hildburghausen“, dass die Stadt Hildburghausen dem Verband das Grundstück, Flurst.-Nr. 1789 zur Errichtung eines Tierheimes zur Verfügung stellt.

**Abstimmung: einstimmig angenommen**

23	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

## **Zu TOP. 19. Anfragen und Mitteilungen von Stadträten und Ortsteilbürgermeistern**

### **Stadtrat Weichler:**

1. Er bedankt sich bei den Mitarbeitern des Bauhofes für die Durchführung des Winterdienstes.
2. Im April soll über die Feuerwehrstruktur beraten bzw. abgestimmt werden. Er beantragt aufgrund von großem Diskussionsbedarf die Aufschiebung der Entscheidung im Stadtrat. Er möchte eine Aufstellung der letzten 5 Jahre vorgelegt haben, getrennt nach jedem Ortsteil bzw. Stadtteil, welche Kosten in den einzelnen Stadtteilen und der Stützpunktwehr, getrennt nach Gebäuden (Betriebskosten), entstehen und welche Mittel für die Ausrüstung jeder einzelner Wehr bisher investiert wurden. Diese Übersicht ist entscheidend für die Stadträte.

Der Bürgermeister legt dar, z. Zt. mit den betroffenen Wehren darüber diskutiert wird, anschließend der Stadtrat, wenn er der Auffassung ist, die Feuerwehrstruktur ist beschlussfähig, darüber eine Entscheidung trifft.

Zum Konzept der Feuerwehrstruktur wird es ein umfangreiches Zahlenmaterial geben, aus dem hervorgeht, was in den einzelnen Wehren entsprechend zu investieren ist, wenn diese erhalten bleiben.

**Stadtrat Czapla** richtet die Bitte an den Bürgermeister, aufgrund der heute umfangreichen Änderungen der Hundesteuersatzung den Fraktions-Vorsitzenden die korrigierte Satzung zu übergeben.

Herr Czapla spricht im Namen von Bürgern aus Wallrabs das Fällen von Bäumen am Kriegerdenkmal in Wallrabs an.

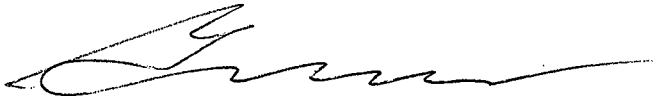
Herr Brendel begründet dies dadurch, dass das Kriegerdenkmal saniert werden soll. Die Bäume stehen zu dicht am Denkmal und das Laub der Bäume haben eine hohe Schattenwirkung. Es wurden die Birken entfernt, die auch bereits ein bestimmtes Alter hatten und auch Verkehrssicherungspflicht bestand. Es sind noch ausreichend Bäume am Kriegerdenkmal vorhanden.

**Stadtrat Tief** fragt nach einem Gespräch mit dem Geschäftsführer des Hagebaumarktes, Herrn Eberhardt, an, der wissen möchte, wie es mit der Änderung des B-Planes weitergeht.

Die Änderung des B-Planes ist in Arbeit, bestätigt der Bürgermeister. Ein Termin kann noch nicht genannt werden.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung:

20:45 Uhr



Steffen Harzer  
Bürgermeister



Haschlar  
Schriftführer